

Innern die in Magdeburg erscheinende Wochenschrift „Das Reichsbanner“ wegen des Artikels „Die Schuld von Ostau“ mit dem Untertitel „Offener Brief an den selbstbetretenden Reichskommissar in Preußen Oberbürgermeister Dr. Bracht“ in Nr. 38 vom 17. September 1932 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf die Dauer von vier Wochen verboten.

Politische Schießerei in Altona

Altona, 20. September. Gestern abend gegen 22 Uhr wurden in der Blumen- und Weidenstraße etwa 25 Nationalsozialisten von Kommunisten mit Wscheimern beworfen und aus Pistolen beschossen. Beim Erscheinen der Polizei flohen die Kommunisten in die anliegenden Nebenstraßen und Häuser. Da von den Flüchtenden auch auf die Polizeibeamten geschossen wurde, feuerten diese mehrere Schreckschüsse ab. Die Kommunisten sind entkommen.

Gregor Straßer und die Weimarer Verfassung

München, 20. September. Gregor Straßer sprach heute in einer Wahlversammlung der NSDAP. Billig parlamentarischen Recht der Nationalsozialisten sei, die Regierungsgewalt zu fordern, erklärte er. Warum sollte die Weimarer Verfassung, da sie günstig für die Nationalsozialisten sei, auf einmal nichts taugen?

Staatsgerichtshof am 6. Oktober

Berlin, 20. Sept. Der Termin vor dem Staatsgerichtshof, in dem über die Klage der dreizehn Minister wegen der Einsetzung des Reichskommissars entschieden werden soll, hat nochmals eine Vertagung erfahren. Die Verhandlung, deren Beginn für den 29. September in Aussicht genommen war, wird voraussichtlich erst am 6. Oktober beginnen.

Kommunistische Störung bei der Verlesung der Thronrede durch die Königin von Holland

Haag, 20. September. Anlässlich der heute vormittag im Rittersaal erfolgten Verlesung der Thronrede durch die Königin ereignete sich ein Zwischenfall, wie er in dieser sensationellen Form in der parlamentarischen Geschichte der Niederlande bisher nicht zu verzeichnen war. Nachdem die Königin die Thronrede verlesen hatte, erhoben sich die beiden einzigen kommunistischen Mitglieder des Parlamentes, die Abgeordneten David Wynkoop und Lou de Biffer und riefen mit lauter Stimme in den Saal: „Weg mit der Krone, weg mit der Königin!“ Sämtliche übrigen Mitglieder des Parlamentes erhoben sich darauf wie ein Mann ebenfalls von ihren Plätzen und stimmten, um die fortwährend wiederholten Rufe der Kommunisten zu überdönen, die holländische Nationalhymne an.

Strafbarer Güterfernverkehr

Berlin, 20. September. Unlich wird mitgeteilt: Unterbietungen des Reichs Kraftwagenverkehrs durch Unternehmer, die nicht einmal die nach der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 erforderliche Genehmigung besitzen, sind in letzter Zeit mehrfach festgestellt worden. Der Betrieb von Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen ohne Genehmigung ist strafrechtlich zu verfolgen (§ 31 der Verordnung), das Fahrzeug des Unternehmers kann eingezogen werden. Daneben unterliegt die Unterbietung des Reichs Kraftwagenverkehrs der Beschäftigung einer Geldstrafe.

Vom Kongress der christlichen Gewerkschaften

Dasseltdorf, 20. Sept. Besonders eingehend wurde in der heutigen Aussprache des Kongresses der christlichen Gewerkschaften die wirtschaftspolitische und soziale Frage behandelt. Nach Schluß der Aussprache stellte Abg. Schar-Deppzig fest, daß die christlichen Gewerkschaften sich mit aller Macht gegen diejenigen weh-

Der Reichspräsident im Manövergelände

Frankfurt a. d. Ober, 20. September. Nach der Begrüßung auf dem Bahnhof Fürstenberg und der Fahrt durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt begab sich der Herr Reichspräsident im Kraftwagen nach Ziebingen, wo er sich von dem Führer der roten Partei, Generalleutnant von Bod, Vortrag halten ließ. Von Ziebingen ging die Fahrt in Richtung Frankfurt zu den hier eingeleiteten Truppen. Kurz vor Frankfurt ließ sich der Herr Reichspräsident von dem Leiter der Übungen, General der Infanterie Freiherrn v. Hammerstein, Vortrag halten. Ohne Frankfurt zu berühren, fuhr der Feldmarschall dann in die Gegend von Neppen, wo ihm Teile der Infanterieregimenter 9 und 8 begegneten, die er begrüßte. Von hier aus kehrte der Reichspräsident nach Fürstenberg zurück, wo er die Nacht in seinem Salompagen zubringt.



Die Abreise des Reichspräsidenten ins Manövergelände

Reichspräsident von Hindenburg begibt sich auf dem Berliner Bahnhof Friedrichstraße zu dem Zug, der ihn nach Fürstenberg a. d. Ober brachte, wo er sein Quartier nahm.

ren würden, die die Absicht hätten, die Arbeiterschaft in Deutschland wieder zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen. Trotz allem, was in der letzten Zeit passiert sei, müsse immer noch die hohe Verantwortung, die die christlichen Gewerkschaften gegenüber Staat und Volk trügen, unterfärbt werden. Nationale Geinnung und Sozialgeinnung müßten untrennbar für alle Zukunft sein.

Zwei Reaktions-Volontäre . . .

Berlin, 20. September. Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich bei den Unterzeichnern des Aufrufs für eine „Präsidenten-Partei“, Hans Georg Heyer und v. d. Mehden, um zwei junge Reaktions-Volontäre, die als solche in Hildesheim gewirkt haben. Heyer ist ein Neffe des früheren Chefs der Heeresleitung und war erst Kadett.

Romantische Schlagworte

Vor gar nicht allzulanger Zeit hielt der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straßer im Reichstag eine Rede, in der er von der „antikapitalistischen Schwärze“ sprach, die heute das v. J. des deutschen Volkes erfaßt habe. Er geht dabei offenbar von der Meinung aus, daß die gegenwärtige Krise eine Krise des Kapitalismus sei, dessen Verfall nicht mehr aufzuhalten sei. Diese Stimmung hat sich mit verblüffender Schnelligkeit in weitesten Kreisen der Bevölkerung verbreitet. Sehr klar sind aber scheinbar die Vorstellungen und Wünsche, die damit verbunden werden, nicht. Sie laufen letzten Endes darauf hinaus, daß es Systemfehler des Kapitalismus seien, die die Schuld an dieser Depression tragen. Es ist natürlich nicht zu leugnen, daß der erste Ursprung der Krise in jener Dynamik unseres Wirtschaftssystems liegt, die wenige Jahre nach Beendigung des Weltkrieges in einer starken wirtschaftlichen Aktivität Technik, Produktion und Austausch weit über das in der Vorkriegszeit erreichte Maß hinauswies. Diese Tatsache ist bei dem furchtbaren Rückschlag, den wir heute zu verzeichnen haben, nicht ohne Bedeutung. Entscheidend für eine klare Lösung des Problems ist aber, daß die Intensität und Hartnäckigkeit der destruktiven Umstände zu verdanken sind, die keinesfalls mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem etwas zu tun haben, sondern sich aus den Wirkungen erklären, die der Krieg, die Inflation, Reparationen und nicht zuletzt politischer Radikalismus gezeitigt haben.

Es ist ganz klar, daß angesichts der Schwere der Depressionsperiode alle möglichen Projekte und romantisch-reaktionäre Lösungen aufzuheben, die aber kaum von irgendwelcher Kenntnis wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten getrieben sind, wohl aber alle das Bestreben haben, das Rad der Wirtschaftsgeschichte rückwärts zu drehen. Daß bei allen diesen Kasanbarbaren vom Ende des Kapitalismus und vom Beginn einer neuen Ära der Wirtschaft der Wunsch der Vater des Gedankens ist, ist selbstverständlich.

Wir haben es hier weniger mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als solcher zu tun, als vielmehr mit der Frage, ob man der Depression mit Maßnahmen zu Leibe geht, die einen vollständigen Umbau des herrschenden Systems zur Voraussetzung haben, oder mit Maßnahmen, die ihm adäquat sind. An dem Erfolg der letzteren besteht kein Zweifel, wohl aber an den Reformplänen, die auf grundlegende Aenderung des Bestehenden hinarbeiten und unter dem Stichwort Autarkie schon seit längerer Zeit den Sinn der Menschen verwirren. Es kann nur von Leuten kommen, die von dem Wesen und der Bedeutung des Außenhandels nicht die elementarsten Vorstellungen zu besitzen scheinen. Die Autarkie, also die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit innerhalb der eigenen Volkswirtschaft, würde den Außenhandel durch ein System von Zöllen auf ein Minimum reduzieren, um durch diese Maßnahme aus dem internationalen Krisenbezirk zu flüchten. Das würde uns ebensoviel nützen, wie es einem Verkranken nützt, der sich von den anderen Kranken isoliert, um dadurch gesund zu werden. Daß diese Methode naturgemäß alle Vorteile der internationalen Arbeitsteilung vernichtet und zum Ausgangspunkt des verkehrswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses führen würde, liegt auf der Hand. Eine Isolierung unserer Wirtschaft müßte wir mit einer Senkung des Lebensstandards der Massen, der Entwertung eines großen Teiles der Produktionsanlagen, der Verteuerung der nationalen Selbstkosten und mit einem Rückgang der zur Verfügung stehenden Güter bezählen. So ist die Autarkie nicht das Billigste, sondern das teuerste System. Deutschland aber bedarf dringend der Einfuhr von Rohstoffen, um die Industrie zu versorgen und um den zusätzlichen Lebensmittelbedarf herbeizuführen, der auch bei aller Anspannung der Kräfte der Landwirtschaft nicht im eigenen Lande erzeugt werden kann. Denn die Landwirtschaft beschäftigt nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung. Ihre Aufnahmefähigkeit kann unserer Industrie nicht die Auslandsmärkte ersetzen, die uns einen großen Teil unserer Produktion, vornehmlich Fertigwarenenergieerzeugnisse und Qualitätsprodukte abnehmen und somit zur Stärkung des Binnenmarktes beitragen. Im vergangenen Jahre hat Deutschland mit nahezu 3 Milliarden RM. den bei weitem höchsten Ausfuhrüberschuß erzielt, und im selben Jahre ist der Anteil der Ausfuhr an der industriellen Produktion auf rund 89 Prozent gestiegen. Je mehr die Krise wütete, desto mehr stieg die Bedeutung des Außenhandels. Die weltwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands hat nicht fernverhüllend gewirkt, sondern fruchtvermindernd. Unter diesem Gesichtspunkt müssen die neuesten Bestimmungen der Regierung, die Einfuhr zu kontingenzieren, als bedenklich erscheinen, da sie den Export gefährden und statt zu einer Belebung des Binnenmarktes leicht zu einer weiteren Schrumpfung der Wirtschaft führen können.

Wenn sich heute die Lage derart zugespitzt hat, so trägt nicht der internationale Warenaustausch, sondern die Kündigung der kurzfristigen Kredite die Schuld. Die Wapfelungspolitik der Staaten und die Devisenwangswirtschaft haben dazu beigetragen, den internationalen Verkehr lahmzulegen. Bei diesem Laufen Widerpruch zwischen wirtschaftlicher Erkenntnis und tatsächlicher Politik, die jetzt zur internationalen Praxis geworden ist, muß Deutschland am meisten verlieren, hat also auch das größte Interesse daran, statt auf der Not eine Tugend zu machen, der handelspolitischen Vernunft wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Man spricht viel von Strukturänderungen in der Weltwirtschaft. Der Industrialisierungsprozess der Rohstoffländer sei beendet. Die farbigen Rassen industrialisieren sich selbst und ihr Entwicklungsstand sei die Exportillusion zu Ende. Die Weltlichkeit dieses Autarkiearguments steht in keinem Verhältnis zu seiner Realität. Ganz abgesehen davon, daß es vollkommen unhistorisch und wirtschaftsfernd ist, diese Dinge, die in ihren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft genau beachtet zu werden verdienen, in ein künstliches Systemgebäude hineinzupressen, sozusagen von einer „Inflation der Erde“ zu sprechen, muß festgestellt werden, daß jede Industrialisierung Produktionsmittel erfordert, woraus Deutschland als Ausfuhrland von Produktionsmitteln Nutzen ziehen kann. Ferner zeitigt jede Industrialisierung eine Erhöhung der Lebensanprüche, was für Deutschland als Hersteller von Qualitätserzeugnissen Chancen ergibt. Eine alte Erfahrung bestätigt, daß Industrieländer untereinander die besten Kunden sein können, denn unsere Ausfuhr nach den Industrieländern ist nicht so zurückgegangen wie die nach den Agrarländern.

Die verständigen Kollegen der freien Verkehrswirtschaft begreifen wohl, daß eine vollkommene autarkische Isolierung Deutschlands einem wirtschaftlichen Paraziti gleichkäme. Auf das Maß käme es an, verhängt man. Um Ziel und Maß in die Wirtschaft hineinzubringen, fordert z. B. der bekannte Volkswirtschaftler W. Sombart die Planwirtschaft in Verbindung mit einem obersten Planrat. Welche Erfahrungen haben wir mit solchen Räten gemacht? In Versailles haben sich die bedeutendsten Wirtschaftler, Politiker und Diplomaten versammelt und haben wochenlang geplant. Das Ergebnis war ein Reparationsplan, der die Welt in Trümmer gelegt hat. Alle Versuche, die wir mit einer planwirtschaftlich-kollektivistischen Lenkung der Volkswirtschaft angeestellt haben, sind mißglückt. Mit dem Willen, daß irgendwie „geplant“ und „organisiert“ werden müßte, ist es wahrhaftig nicht getan. Man muß sich darüber klar sein, daß alle autarkischen und planwirtschaftlichen Experimente einen Rückschritt, einen Sprung ins Dunkle, bedeuten. Nicht nur eine beispiellose Verödung Europas, sondern auch eine Revolutionierung der Lebensgewohnheiten auf geistigem Gebiete wären die Folge sein. Geist-

Abchluß der Jahrhundertfeier des Gustav-Adolf-Bereins

150 000 RM Sachengabe — Die große Liebesgabe für Polen

Leipzig. Die Jahrhundertfeier des Gustav-Adolf-Bereins fand am Dienstagabend mit der zweiten öffentlichen Hauptversammlung in der althergebrachten Nikolaiskirche, die bereits 1842 und 1882 Gustav-Adolf-Tagungen gesehen hat, ihren eindrucksvollen Abschluß. Nach einleitendem festlichen Orgelspiel und dem gemeinsamen Gesang „Lobe den Herren“ gab der Vorsitzende, Geh. Kirchenrat Prof. D. Dr. Wendtorff, folgendes Danktelegramm des Reichspräsidenten bekannt: „Haben Sie herzlichsten Dank für das freundliche Meingedenken. Ich erwidere Ihre Grüße mit aufrichtigen Glückwünschen zur Hundertjahrfeier. Möge dem Gustav-Adolf-Berein weitere segensreiche Arbeit im Dienste des Volkes beschieden sein. v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Weiter hatte der Erzbischof von Schweden, Erling Elvhem, telegraphisch herzlichste Segenswünsche übermittelt. Sodann teilte Geheimrat D. Dr. Wendtorff mit, daß Oberbürgermeister Dr. Goerdeler die ihm angetragene Mitgliedschaft im Zentralvorstand angenommen habe. Anschließend überreichte der Vorsitzende des Leipziger Hauptvereins, Pfarrer D. Köhling, die Sachengabe in Höhe von 150 000 RM., von der auf den Hauptverein Leipzig 108 000 und auf den Hauptverein Dresden 44 000 RM. entfallen. An der Sammlung „Eine Million in Groschen“ war Leipzig bereits mit 88 000 und Dresden mit 37 000 RM. beteiligt. So daß aus Sachsen trotz der schweren wirtschaftlichen Notlage des Landes insgesamt 255 000 RM. aufgebracht worden sind. Als weitere weisse Gabe wurde dem Gustav-Adolf-Berein eine Choralkantate mit Vokal-„Solv“, „Verzage nicht, du Hüflein klein“, vertont von Arnold Mendelssohn, gewidmet, die erstmalig beim Tagungshauptgottesdienst zu Ge. gebracht wurde.

Hierauf erstattete der Generalsekretär des Gustav-Adolf-Bereins, D. Geißler, in dessen Händen die Fäden der großen Gustav-Adolf-Organisationen zusammenlaufen, den Jahresbericht, der sich nicht nur auf das ab-

gelaufene Jahr erstreckte, sondern einen Ueberblick über die gesamten verflochtenen hundert Jahre vermittelte. Anschließend wurden die weiteren Liebesgaben überreicht. Die sächsischen Frauen ließen durch Frau Sophie Meyer eine große Anzahl Altargeräte, Kreuzfige usw. übergeben, die u. a. nach Bissabon, Seltmeritz und Radkersburg in der Steiermark weitergeleitet werden sollen, die vogtländischen Frauen durch Mädchen in vogtländischer Tracht prächtige Altteppiche. Das Frauen-Liebeswerk der Gustav-Adolf-Bereine in Höhe von 25 000 RM., von dem Frau Pfarrer Köhling Mitteilung machte, soll nach den Wünschen der Frauenvereine für die Diakonieverbeit im Ausland verwendet werden. Namentlich soll das Katharinen-Stift in Wittenberg bedacht werden. Die Kinder-Gabe von 29 000 RM. übergab Pfarrer D. Bierlich. Die Laurentius-Gemeinde in Crimmitschau hatte zwei Kirchenglocken überandt, aber deren Verwendung noch kein Beschluß gefaßt ist.

Die große Liebesgabe in Höhe von 100 000 RM. wurde von der Versammlung mit überwältigender Mehrheit für die Heranbildung von kirchlichen Führern und Helfern in Polen bestimmt. Die kleinen Liebesgaben von je 40 000 RM. erhielten die evangelische Gemeinde in Althen für den Bau einer Kirche und die Diakonissen-Anstalt Kaiserwerth für ihre Arbeit in der Inlands- und Auslandsdiakonie zugesprochen. Als Ort der nächsten Hauptversammlung bestimmte man auf Einladung des ostpreussischen Hauptvereins, die Generalsuperintendent D. Gennrich überbrachte, Rönigsberg, während für 1934 München in Aussicht genommen wurde. Mit einem Dankeswort von Geheimrat D. Dr. Wendtorff, einem gemeinsamen von D. Gennrich gesprochenen Gebet und gemeinsamen Gesang sang die Hauptversammlung und damit die Hundertjahrtagung des Gustav-Adolf-Bereins aus.

und T
verfä
leben
samm
allen
nicht
Qualit
nation

12 W
Befu

fells-
Ameri
Monat
Gar T
mal i
auf de
ab. D
den ab
und f
heraus
Welt

der ver
zweiter
Schl
zu heft
berarti
die A
richte

A
Schri
zwischen
in der

in

Peking
denie
ten he
Aber

angeli
Tabak
Fret
hafter
gefäll
brach
Sie g
bei B
wurde
dem
dort
2,8

140

Baare
Vollst
Hoff
die R
nenbu

einer
Vortr
Ein W
den W
ihnen
leben

kannte
in raf
Wagen
war f